



Nr. 21

9. Juni 2023

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Beamtinnen und Beamte des Bundes

[Gesetzentwurf zur Anpassung von Besoldung und Versorgung vorgelegt](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Arbeitszeitgestaltung im öffentlichen Dienst: Viel Luft nach oben](#)

Berlin

[Antrittsbesuch beim Regierenden Bürgermeister](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Bearbeitung von Beihilfeporgängen dauert zu lange](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Forderungen für Tarifrunde und neue Genossenschaft vorgestellt](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bessere Technik für Strafverfolgung gefordert](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

## Beamtinnen und Beamte des Bundes Gesetzentwurf zur Anpassung von Besoldung und Versorgung vorgelegt

**Die Bundesregierung hatte angekündigt, das Tarifergebnis aus dem April auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes übertragen zu wollen. Nun liegt der Gesetzentwurf vor.**

„Endlich kommt Bewegung in die Sache. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben lange auf diesen Gesetzentwurf gewartet. Aber besser spät als nie. Die vielen intensiven politischen Gespräche des dbb waren damit erfolgreich. Es ist gut, dass die Bundesregierung hier bei der zeit- und inhaltgleichen Übertragung ihr Wort gehalten hat. Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltsverhandlungen ist das ein Signal des Respekts an die Kolleginnen und Kollegen“, sagte Friedhelm Schäfer, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand für Beamtenpolitik des dbb, am 8. Juni 2023. „Besonders wichtig war uns, dass auch die Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen entsprechend berücksichtigt werden und auch das ist gelungen. Nun gilt es, die notwendigen formalen Schritte des Gesetzgebungsverfahrens schnell und sauber zu durchlaufen.“

Der vorgelegte Gesetzentwurf zu Besoldungs- und Versorgungsanpassungen sieht vor, dass im Jahr 2023 Sonderzahlungen zum Ausgleich für die stark gestiegene Inflation an Beamtinnen und Beamte in Höhe von insgesamt 3.000 Euro steuerfrei gewährt werden. Dies gilt auch für die Versorgungsberechtigten des Bundes in Abhängigkeit der jeweils maßgeblichen Ruhegehalts- und Anteilssätze in der Hinterbliebenenversorgung. Im Jahr 2024 ist zum 1. März eine Anhebung der Dienst-, Amts- und Versorgungsbezüge um einen Sockelbetrag in Höhe von 200 Euro und anschließend um 5,3 Prozent vorgesehen. Entsprechend einer Vereinbarung des Koalitionsvertrages enthält der Gesetzentwurf zudem eine Regelung zur Wiederherstellung der Ruhegehaltfähigkeit der sogenannten Polizeizulage. Um eine möglichst zeitnahe Auszahlung der Sonderzahlung zu ermöglichen, soll das Gesetz spätestens am 12. Juli 2023 im Kabinett beschlossen werden.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Schleswig-Holstein

### **Arbeitszeitgestaltung im öffentlichen Dienst: Viel Luft nach oben**

**Um bei der Personalgewinnung und -bindung zu punkten, müssen sowohl das Einkommen als auch der Umfang und die Flexibilität der Arbeitszeit stimmen – auch im öffentlichen Dienst. „Wenn aber alles hinter berechtigten Vorstellungen der Beschäftigten zurückbleibt, werden die Probleme bei Stellenbesetzungen bestehen bleiben und sich sogar verschärfen“, mahnt dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp.**

Es genüge schon lange nicht mehr, für einige Beschäftigte Homeoffice anzubieten und herkömmliche Teilzeitanträge - zuweilen zähneknirschend - durchzuwinken. Eine beschäftigtenorientierte Arbeitszeitgestaltung bedeute wesentlich mehr. Für die Beschäftigten sei das Thema außerdem von zentraler Bedeutung, so der dbb Landeschef. Zunehmend komplett abgeschlagen präsentiere sich der öffentliche Dienst in Schleswig-Holstein bei der wöchentlichen Arbeitszeit. Die 41 Stunden bei den Beamtinnen und Beamten hätten eine geradezu abschreckende Wirkung. Aber auch im Tarifsektor sei noch viel Luft nach oben.

Besondere Teilzeitformen, die individuelle Lebenslagen und Wünsche berücksichtigen, bleiben viel zu häufig ungenutzt. Dazu gehörten etwa „Sabbatmodelle“, bei denen über einen bestimmten Zeitraum eine reduzierte Arbeitszeit unterschiedlich aufgeteilt wird, die Bezahlung über den gesamten Zeitraum mit dem entsprechenden Durchschnittswert aber kontinuierlich bleibt. Am Ende des Zeitraumes könne dann eine Phase mit Vollfreistellung oder reduzierter Arbeitszeit liegen.

---

Berlin

## **Antrittsbesuch beim Regierenden Bürgermeister**

**Die Spitze des dbb Landesbundes in Berlin um den Vorsitzenden Frank Becker hat sich mit dem neuen Regierenden Bürgermeister Kai Wegner und dem neuen Finanzsenator Stefan Evers getroffen.**

In dem Auftaktgespräch mit Wegner am 7. Juni 2023 wurden unter anderem die geplante die Anpassung der Landes- an die Bundesbesoldung, die Hauptstadtzulage, Veränderungen des Dienstrechts im Land Berlin, die Verwaltungsreform sowie die Situation der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes angesprochen. Diese Themen sollen in gesonderten Gesprächsrunden vertieft werden.

Am 8. Juni 2023 fand das Auftaktgespräch mit Finanzsenator Evers statt. Der dbb berlin machte in dieser Runde deutlich, dass die Pläne der Regierungskoalition zur Angleichung der Besoldung in Berlin an die des Bundes nun

auch verlässlich durchgeführt werden müssten. Kritisiert wurde erneut, dass das Land Berlin die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Richter-Besoldung nicht auf die A-Besoldung umklappen will. Hier soll weiter auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes gewartet werden. Ferner fand ein Austausch zum großen Thema „Dienstrecht“ statt. Die Runde war sich einig, dass in Sachen Laufbahnverordnungen und die Durchlässigkeit der Laufbahnen durchaus noch einiges zu tun ist. Hierzu will auch der dbb berlin entsprechende Vorschläge erarbeiten.

Mecklenburg-Vorpommern

## **Bearbeitung von Beihilfevorgängen dauert zu lange**

**Seit Jahresbeginn häufen sich Beschwerden über eine zu lange Bearbeitungsdauer bei der Abwicklung der Beihilfe. Nachfragen beim Finanzministerium und beim Landesamt für Finanzen des dbb m-v haben ergeben, dass man das Problem dort erkannt hat und dass offenbar der Fachkräftemangel im Landesamt für Finanzen angekommen ist.**

Der dbb m-v bemüht sich um eine Lösung des Problems und es wurden bereits verschiedene Wege mit den Zuständigen diskutiert. Auch Mitgliedsgewerkschaften haben sich an ihre obersten Dienstbehörden gewandt. So auch die Deutsche Polizeigewerkschaft, deren Landesvorsitzender Ronald Müller jetzt eine Antwort aus dem Innenministerium erhalten hat. Darin wird ausgeführt, dass die Arbeitsbelastungen in der Beihilfefestsetzungsstelle momentan sehr hoch und ein anhaltend hohes Antragsaufkommen zu bewältigen sei. Die damit einhergehende aktuelle Bearbeitungsdauer sei weder für die Beschäftigten in der Beihilfe des Landesamtes für Finanzen noch für das Finanzministerium als Fachaufsicht zufriedenstellend.

Eine Länderabfrage zur Bearbeitungsdauer der Beihilfe hat laut Innenministerium ergeben, dass Bund und Länder - wie Mecklenburg-Vorpommern auch - eine Verschlechterung in den Bearbeitungszeiten zu verzeichnen haben, da in fast allen Ländern eine Tendenz der steigenden Antrags- und Belegzahlen zu verzeichnen

war. Die Hauptgründe hierfür dürften in der Altersstruktur der Beschäftigten und auch in der Corona-Pandemie liegen. Den strukturellen Herausforderungen möchte das Landesamt für Finanzen durch die Einführung eines neuen elektronischen Beihilfeverfahrens – Lebe. Digital Beihilfe – begegnen, das gerade erarbeitet wird und dessen Einführung für Anfang 2025 vorgesehen ist. Hierüber informiert das Landesamt für Finanzen in seinem neuen Merkblatt „Aktuelles zur Bearbeitung von Beihilfe- und Pflegeleistungen“.

Zur Überbrückung der Zeit bis zur Einführung der neuen technischen Lösung wurden im Spätsommer 2022 erste und im ersten Quartal 2023 dem Vernehmen nach Sofortmaßnahmen zum Abbau der Arbeitsrückstände in der Beihilfestelle eingeleitet. Unter anderem erfolgten Personalzuführungen im Dezember 2022 und im Frühjahr dieses Jahres aus einem anderen Bereich des Landesamtes für Finanzen. Weitere Personalzuführungen seien vorgesehen. Das Innenministerium teilt weiter mit, dass das

Landesamt für Finanzen, um mögliche Härtefälle zu vermeiden, festgelegt hat, dass Anträge mit Einzelrechnungen über 1.000 Euro vorrangig bearbeitet werden.

## Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Forderungen für Tarifrunde und neue Genossenschaft vorgestellt

**Die GDL hat am 5. Juni 2023 in Berlin ihre Tarifforderungen für alle Eisenbahnerinnen und Eisenbahner in Deutschland bekanntgegeben.**

Die zentralen Forderungen lauten: 555 Euro allgemeine Entgelterhöhung sowie eine entsprechend deutliche Entgelterhöhung für Azubis und Erhöhung der Zulagen für Schichtarbeit (zum Beispiel der Nachtarbeitszulage) um 25 Prozent; Absenkung der Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden pro Woche für Schichtarbeiter ohne anteilige Lohnabsenkung; Zusätzlich: steuerfreie Inflationsausgleichsprämie in Höhe von 3.000 Euro, unabhängig ob Teilzeit- oder Vollzeit Arbeitnehmer; Fünf Prozent Arbeitgeberanteil für die betriebliche Altersvorsorge; Einführung der Fünf-Schichten-Woche für Arbeitnehmer im Schichtdienst. Die Laufzeit soll maximal zwölf Monate betragen.

Die GDL will mit diesen Forderungen den Problemen im Eisenbahnverkehrsmarkt – wie dem strukturellen Personalmangel, der derzeit geringen Attraktivität der Eisenbahnerberufe sowie dem nachvollziehbaren Wunsch der Arbeitnehmer nach Souveränität bei der Arbeitszeitgestaltung trotz unregelmäßigem Schichtdienst – Rechnung tragen. Der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky sagte: „Es bedarf schnellstmöglich einer deutlichen Verbesserung der materiellen und immateriellen Arbeits- und Lebensbedingungen der Eisenbahner, vor allem im direkten Bereich und in den unregelmäßigen Schichtsystemen, damit der Schienenverkehr in Deutschland wieder zukunftsfähig wird und die Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) und Eisenbahninfrastrukturunternehmern (EIU) wieder eine ausreichende Anzahl von Fachkräften zur

Erbringung der täglichen, geplanten Leistungen gewinnen können.“

Neben der Bekanntgabe der Tarifforderungen informierte die GDL auch über eine weitere Neuigkeit, die den gesamten Eisenbahnmarkt einschneidend verändern könnte. Mit Gründung der Genossenschaft „Fair Train e. G.“ will die GDL neue Maßstäbe setzen. „Die Eisenbahner nehmen ihr Schicksal in Zukunft schrittweise in die eigenen Hände“, so Weselsky. „Wir übernehmen nunmehr die Verantwortung und haben mit der Fair Train e. G. ein Unternehmen gegründet, welches im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung von Lokomotivführern mit fairen Bedingungen aufwartet. Das ist notwendig, weil in Zeiten des Personal- und Fachkräftemangels die Eisenbahnberufe des direkten Bereiches und vor allem im Schicht- und Wechseldienst im harten Wettbewerb um Nachwuchs zwingend attraktiver gemacht werden müssen. Es reicht nicht aus, die Verkehrswende einleiten zu wollen, wenn man für die Berufe mit Schichtarbeit keine besonderen Anreize schafft und sie so wie bisher als das Schmutzkind im Jobranking verkommen lässt.“ Ziel der Genossenschaft sei es, fachlich qualifizierte Lokomotivführer zur Verfügung zu stellen und die daraus resultierenden Gewinne den Genossenschaftsmitgliedern selbst zufließen zu lassen. „Als Personaldienstleister im Genossenschaftsmodell werden wir im Eisenbahnmarkt viele EVU's als unsere Partner finden, Kooperationen schließen und gleichzeitig den Mitarbeitern attraktive Tarifbedingungen garantieren können“, so Weselsky.

---

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) **Bessere Technik für Strafverfolgung gefordert**

**Mit Blick auf den Beginn des Strafprozesses wegen der Krawalle in der Silvesternacht in Berlin hat die DPoIG auf die schwierige Beweisführung durch mangelnde moderne Videotechnik hingewiesen.**

**Der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt erklärte dazu am 5. Juni 2023: „Die angekündigten Bodycams, die der neue Senat versprochen hat, werden nicht weiterhelfen. Was Polizei und Rettungsdienste brauchen, sind hochauflösende Videokameras mit Rundumblick, die auf den Fahrzeugen angebracht sind. Hinzu kommen Drohnen und fest installierte moderne Videotechnik an bekannten Orten, an denen mit Straftaten zu rechnen ist.“**

Die Staatsanwaltschaften würden einzelnen Verdächtigen jeweils ihre begangenen Delikte lückenlos nachweisen müssen. Wendt: „Bleiben Zweifel an der Schuld, kann es nicht zu Sanktionen kommen, das ist der Rechtsstaat und so muss es auch sein. Was nicht sein

muss, ist die miserable Ausstattung und die mangelnde Gesetzeslage in der Hauptstadt, die die Möglichkeiten der Polizei erweitern, damit die Straßen tatsächlich bald sicherer werden, indem die Krawallmacher überführt und möglichst hart sanktioniert werden.“

## ***Namen und Nachrichten***

Am 25. Mai 2023 traf sich der **BDZ** Bundesvorsitzende Thomas Liebel mit den Berichterstattern der Fraktionen SPD und FDP für den Personalhaushalt der Bundesfinanzverwaltung. Bei Thorsten Rudolph MdB (SPD) und Christoph Meyer MdB (FDP) warb Liebel für die Ausnahme der gesamten Zollverwaltung von

der pauschalen Stelleneinsparung von 1,5 Prozent im Bundeshaushalt 2024. Mit Blick auf die dringend benötigten Nachwuchskräfte wurde den Parlamentariern auch die aus Sicht des BDZ nicht nachvollziehbare Reduzierung der Einstellungsermächtigungen kommuniziert.

## **Termine:**

14. Juni 2023

### **17. Frauenpolitische Fachtagung**

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de).

18.- 19. September 2023

### **14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).

---